



[ZURÜCK ZU ABGEORDNETENWATCH.DE](#)

Blog-Startseite » Nebeneinkünfte » Nebenjob bei Versicherung: Verstieß Dagmar Wöhrl gegen die Transparenzpflichten des Bundestags?

Nebenjob bei Versicherung: Verstieß Dagmar Wöhrl gegen die Transparenzpflichten des Bundestags?

geschrieben am 17.05.2013 um 11:04 in [Nebeneinkünfte](#) von [Martin Reyher](#)

Nach einem SZ-Bericht über ihre Nebeneinkünfte tut sich Erstaunliches: Auf der Bundestagshomepage von Dagmar Wöhrl werden plötzlich Nebeneinkünfte und Aufsichtsratsposten von 2011 nachgetragen. Verstieß die CSU-Politikerin gegen die Veröffentlichungspflichten des Deutschen Bundestags?

Wer am Mittwoch morgen die [Bundestagshomepage](#) der CSU-Abgeordneten Dagmar Wöhrl aufrief, konnte dort u.a. folgende Information lesen:

3. Funktionen in Unternehmen

Nürnberger Allgemeine Versicherungs-AG, Nürnberg,
Mitglied des Aufsichtsrates

Im Laufe des Tages tat sich dann Erstaunliches. Aus einem einzigen Aufsichtsratsposten bei dem Nürnberger Versicherungskonzern wurden auf einmal vier. Und auch Vergütungen sind jetzt aufgeführt:

Nürnberger Allgemeine Versicherungs-AG, Nürnberg,
Mitglied des Aufsichtsrates (bis 9. Juni 2011), 2012, Stufe 3

Nürnberger Beteiligungs-AG, Nürnberg,
Mitglied des Aufsichtsrates, 2013, Stufe 3

Nürnberger Krankenversicherung AG, Nürnberg,
Mitglied des Aufsichtsrates

Nürnberger Lebensversicherung AG, Nürnberg,
Mitglied des Aufsichtsrates, 2011, Stufe 3, 2012, Stufe 3

Dass Wöhrl sich gerade am Mittwoch an Aufsichtsratsmandate aus dem Jahr 2011 erinnerte, könnte man für einen Zufall halten. Wahrscheinlicher ist allerdings, dass ihr ein Artikel in der Süddeutschen Zeitung auf die Sprünge half.

Die CSU-Bundestagsabgeordnete liegt seit einiger Zeit [im Clinch](#) mit der SZ, sie sieht sich als [Opfer einer Kampagne](#). Anfang Mai hatte die Süddeutsche berichtet, dass Wöhrl sich im Dezember 2012 offenbar [zu krank für den Bundestag](#), aber gesund genug für eine Flugreise nach Sri Lanka gefühlt hatte.

Über diesen Blog

Unser Blog ist – wie das Gesamtprojekt "abgeordnetenwatch.de" – überparteilich. Politikerinnen und Politiker werden nicht aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit bevorzugt, benachteiligt, kritisiert oder hervorgehoben.

Der Blog versteht sich als ergänzende Diskussionsplattform zum Angebot von abgeordnetenwatch.de. Er berichtet über das Projekt und nimmt Stellung zu Transparenz, Bürgernähe und Teilhabe in der Politik.

Alle Leserinnen und Leser sind eingeladen an der Diskussion teilzunehmen.

Die Blogautoren selbst sind Mitglieder des abgeordnetenwatch.de-Teams. Ihre Einträge drücken nicht unbedingt die Position des Gesamtprojekts abgeordnetenwatch.de aus.

1090

 [RSS-Feed abonnieren](#)

Archiv

[Nebenjob bei Versicherung: Verstieß Dagmar Wöhrl gegen die Transparenzpflichten des Bundestags?](#)

[Wenn Konservative mehr Transparenz fordern: Was Deutschland von den USA lernen kann](#)

[Amigo-Affäre: Das dürfen Abgeordnete in anderen Bundesländern](#)

[Abgeordnetenbestechung: Weil es keine korrupten Politiker gibt, braucht es auch kein Gesetz](#)
[abgeordnetenwatch.de](#)
[Serverausfall](#)



Mit einem Mal stand die Frage im Raum, wie ernst Wöhrl ihr Abgeordnetenmandat eigentlich nimmt. Am Mittwoch also stellte die Süddeutsche Zeitung in einem Artikel [über ihre zahlreichen Nebenjobs](#) die folgende Frage: Kann von Nebentätigkeiten überhaupt die Rede sein, wenn ein Volksvertreter mit seinen Aufsichts- und Verwaltungsratsposten sehr viel mehr verdient als mit seinem Hauptjob?

In dem SZ-Artikel heißt es, die CSU-Bundestagsabgeordnete sei bei der Nürnberger Versicherung "gut im Geschäft." Seit der Auffrischung ihrer Bundestagshomepage vom Mittwoch hat man eine ungefähre Vorstellung davon: Für drei der vier Aufsichtsratsmandate erhält bzw. erhielt Wöhrl Einkünfte der Höchststufe 3, also von jeweils mehr als 7.000 Euro. Ob es 7.001, 70.000 oder mehr Euro sind, bleibt im Dunkeln – auch deshalb, weil Wöhrl am 8. November 2012 im Bundestag zusammen mit ihren Kollegen von Union und FDP die vollständige Offenlegung von Nebeneinkünften auf Euro und Cent [erfolgreich verhinderte](#).

Die Ergänzungen auf Wöhrls Bundestagshomepage sind in mehrerlei Hinsicht merkwürdig: Die CSU-Abgeordnete will für das Jahr 2012 Einkünfte als Aufsichtsratsmitglied der Nürnberger Allgemeine Versicherungs AG erhalten haben, dabei war sie dort nach eigenen Angaben nur bis Mitte 2011 tätig (s. Screenshot oben).

Wöhrl will als Aufsichtsratsmitglied der Nürnberger Beteiligungs AG bereits jetzt eine Vergütung für das Jahr 2013 erhalten haben. Dass Aufsichtsratsvergütungen während des laufenden Geschäftsjahres – also teilweise im voraus – ausgezahlt werden, ist eher unüblich.

Dem Aufsichtsrat der Nürnberger Lebensversicherung AG gehört die CSU-Abgeordnete laut Bundesanzeiger seit dem 9. Juni 2011 an, dem der Nürnberger Beteiligungs AG seit dem 18. September 2012. Veröffentlicht wurden diese Tätigkeiten auf Wöhrls Bundestagshomepage allerdings erst an diesem Mittwoch. Die Verhaltensregeln für Abgeordnete des Deutschen Bundestags sind in diesem Punkt [eindeutig](#): Neue Nebenjobs sowie Veränderungen müssen dem Parlamentspräsidenten "innerhalb einer Frist von drei Monaten" gemeldet werden. Ansonsten liegt ein Verstoß vor.

Am Mittwoch wurde ebenfalls bekannt, dass Wöhrl für ihr Aufsichtsratsmandat bei der Nürnberger Lebensversicherungs AG bereits für das Jahr 2011 meldepflichtige Einkünfte erhielt. Laut Verhaltensregeln sind Vergütungen innerhalb von drei Monaten nach Erhalt zu melden. Demnach hätte die Zahlung für 2011 erst kürzlich auf Wöhrls Konto eingegangen sein müssen, was angesichts des großen zeitlichen Abstandes äußerst ungewöhnlich wäre.

Hat Dagmar Wöhrl also gleich mehrfach gegen die Verhaltensregeln für Bundestagsabgeordnete verstoßen? Zu einer abgeordnetenwatch.de-Anfrage von gestern Mittag hat die CSU-Politikerin bislang keine Stellung genommen. Auch von der Bundestagsverwaltung steht noch eine Antwort aus. Ernsthaftige Sanktionen hätte die frühere Parlamentarische Staatssekretärin aber vermutlich keine zu befürchten: Bundestagspräsident Norbert Lammert ist nicht bekannt dafür, bei Verstößen gegen die Veröffentlichungspflichten hart durchzugreifen. Dokumentiert sind inzwischen zahlreiche Fälle, in denen Abgeordnete die Transparenzregeln allzu lax und [zu ihren Gunsten](#) ausgelegt hatten. Öffentlich sanktioniert wurden jedoch nur zwei: die damaligen Abgeordneten Otto Schily ([2008](#)) und Volker Kröning ([2009](#)), beide SPD, gegen die ein Zwangsgeld in Höhe von 22.017 Euro bzw. 15.336 Euro verhängt wurde (welches das Bundesverfassungsgericht allerdings später für nichtig erklärte).

Neben dem rechtzeitigen Melden von Nebentätigkeiten wird von den Parlamentariern auch verlangt, dass sie für ihre Nebeneinkünfte eine „angemessene Gegenleistung“ (Abgeordnetengesetz) erbringen. Doch wie können derlei Gegenleistungen aussehen, wenn für den vergleichsweise geringen Arbeitsaufwand, den ein Aufsichtsratsmandat erfordert, teilweise fünf- bis sechsstellige Eurobeträge pro Jahr gezahlt

Schlagwörter

[Kandidaten-Check](#),
[Nebeneinkünfte](#),
[Engagement](#), [Wahlen](#),
[Landtage](#), [Skurriles](#),
[Parteispenden](#),
[EU-Parlament](#),
[Bundestag](#),
[Schüler machen abgeordnetenwatch.de, abgewimmelt, Abgeordnetenbestechu](#)
[Lobbyismus](#).

Transparenz

[Kommunen](#) Annette Schavan, Peter Altmaier, Hans-Christian Ströbele, Peter Gauweiler, Jörg van Essen, Karl-Theodor zu Guttenberg, Norbert Lammert, Peer Steinbrück, Dieter Wiefelspütz, Frank-Walter Steinmeier, Andrea Nahles, Angela Merkel, Volker Beck, Christian Wulff, Sigmar Gabriel, Dagmar Enkelmann, Wolfgang Schäuble, Norbert Schindler, Guido Westerwelle, Karl Lauterbach, Gisela Piltz, Peter Wichtel, Heinz Riesenhuber, Thomas Oppermann, Ralf Brauksiepe, Gerhard Schröder, Michael Fuchs, Jan Korte, Michael Glos, Hans-Peter Uhl

Blog durchsuchen

Kontakt

Um mit der Redaktion von abgeordnetenwatch.de in Kontakt zu treten, schreiben Sie uns eine E-Mail an info@abgeordnetenwatch.de. Alle weiteren Kontaktdataen finden Sie in unserem

werden?

Manche Unternehmen haben da offenbar eigene Ideen, wie sich ein Aufsichtsratsmitglied erkenntlich zeigen könnte. Der Süddeutschen Zeitung jedenfalls liegt ein Brief vor, den ein hochrangiger Manager des Nürnberger Versicherungskonzerns im vergangenen Oktober an Dagmar Wöhrl geschrieben haben soll.

Darin, so die SZ, bittet der damalige Vize und heutige Vorstandschef Armin Zitzmann die CSU-Abgeordnete um Unterstützung gegen eine geplante EU-Datenschutzrichtlinie. Er würde es sehr begrüßen, so Zitzmann u.a., "wenn sich die CSU mit der Position des GDV (Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, d. Red.) auseinandersetzen würde." Zur Hilfestellung habe der Versicherungsmanager mögliche Ansprechpartner in der Union genannt, berichtet die SZ.

Politische Gefälligkeiten durch Abgeordnete, die in Form von gut dotierten Aufsichtsratsmandaten honoriert werden? Ist das der Mehrwert, den sich Unternehmen durch die Ernennung von politischen Entscheidungsträgern zu Aufsichts- oder Beiratsmitgliedern erhoffen?

Wöhrl sagte der SZ:

Die Nürnberger Versicherung hat niemals Wünsche an mich herangetragen, für sie parlamentarisch tätig zu werden.

Update 19:45:

Erneut hat es Änderungen auf der Bundestagshomepage von Dagmar Wöhrl gegeben:

Nürnberger Allgemeine Versicherungs-AG, Nürnberg,
Mitglied des Aufsichtsrates (bis 9. Juni 2011), 2011, Stufe 3, 2012, Stufe 3

Nürnberger Beteiligungs-AG, Nürnberg,
Mitglied des Aufsichtsrates, 2013, Stufe 3

Nürnberger Krankenversicherung AG, Nürnberg,
Mitglied des Aufsichtsrates

Nürnberger Lebensversicherung AG, Nürnberg,
Mitglied des Aufsichtsrates, 2012, Stufe 3

Von der Nürnberger Allgemeine Versicherungs AG will Wöhrl nun auch für das Jahr 2011 eine Vergütung erhalten haben. Und für den Aufsichtsratsposten bei der Nürnberger Lebensversicherung AG soll plötzlich für das Jahr 2011 kein Honorar mehr geflossen sein, anders als noch heute Mittag.

Foto Dagmar Wöhrl: Sigismund von Dobschütz / Wikipedia / [CC BY-SA 3.0](#)

[Twittern](#) 24

[f Teilen](#)

2

Tags: [Dagmar Wöhrl](#), [Norbert Lammert](#), [Otto Schily](#), [Volker Kröning](#)

[Trackback setzen](#), [Beitrag verfolgen \(RSS\)](#)

6 Kommentare zu "Nebenjob bei Versicherung: Verstieß Dagmar Wöhrl gegen die Transparenzpflichten des Bundestags?"

Alex sagt:

[17. Mai 2013 um 11:25](#)

Die Dame hat einen Blog und das hier ist Internet. Das könnte man verlinken, weil die sich dazu nämlich auch geäußert hat. <http://www.dagmar-woehrl.de/thema/standpunkt/>

[Antworten](#)

Milan sagt:

[17. Mai 2013 um 12:14](#)

Da das hier das Internet ist, kann man sogar auf einzelne Artikel linken, zum Beispiel auf besagte

Stellungnahme 😊

<http://www.dagmar-woehrl.de/standpunkt/statements/sz-leaks-die-suche-nach-einem-skandal/>

Auch wenn sie sich (nach eigenen Angaben) der SZ gegenüber zunächst kooperativ verhalten hat, ändert das nichts an den Fakten. Ich halte die Verteidigungslinie für sehr schwach.

[Antworten](#)

abgeordnetenwatch.de sagt:

[17. Mai 2013 um 12:22](#)

Danke für den Hinweis. Links sind eingefügt.

[Antworten](#)

[Impressum](#)

Wir bloggen mit [WordPress](#)

“ Ich unterstütze [abgeordnetenwatch.de](#), weil auch Politiker/innen ein Recht auf Kontrolle haben.”



Michael Jungclaus ist Föderer von [abgeordnetenwatch.de](#)

Ihre Vorteile als Föderer

- Ihre Abgeordneten im Blick behalten
- Kein Thema mehr verpassen
- Exklusiven Infobrief nur für Mitglieder erhalten
040 / 317 69 10 26

[Jetzt Föderer werden](#)

Einmalig spenden

Unterstützen Sie [abgeordnetenwatch.de](#) mit einer Spende.

20. Februar 2013 06:34 Untersuchungsbericht

Hypo-Vereinsbank soll Fiskus geprellt haben

Von Klaus Ott

Dubiose Börsendeals: Einem internen Untersuchungsbericht zufolge soll die Hypo-Vereinsbank systematisch den Staat hintergangen haben - derartige Geschäfte sind offenbar auch bei anderen Banken üblich. Die Affäre könnte ziemlich teuer für die HVB werden.

Ausgesprochen schwere Kost bekamen dieser Tage die Aufsichtsräte der Hypo-Vereinsbank (HVB) präsentiert. Den Kontrolleuren wurde ein 173-seitiger Untersuchungsbericht vorgelegt, in dem mutmaßlich kriminelle Geschäfte beschrieben werden. Hochkomplizierte und verwirrende Aktiendeals, die nicht leicht zu kapieren sind. Nicht einmal für gute Kenner des Banken- und Börsenwesens.

Die Kernbotschaft, die der Prüfreport enthält, ist aber ohne weiteres zu verstehen. Frühere Mitarbeiter und Manager der HVB sollen den Fiskus systematisch betrogen haben. Das haben interne Ermittlungen der Bank ergeben, die zum italienischen Finanzkonzern Unicredit gehört. Der Verdacht auf Steuerhinterziehung in großem Stil, dem inzwischen auch die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt nachgeht, hat sich erhärtet.

Bereits im Herbst 2011 hatte der Aufsichtsrat der HVB die internationale Anwaltskanzlei Skadden Arps Slate Meagher & Flom beauftragt, fragwürdige Deals zu durchleuchten. Jetzt liegen erste Ergebnisse vor, mit denen sich der Aufsichtsrat vergangenen Freitag befasste. Ein Skadden-Jurist, der die Resultate vorstellte, redete Klartext. Es spreche alles dafür, dass sich die Beteiligten an diesen Geschäften abgesprochen hätten, den Fiskus auszunehmen. Außerdem sei man über die ersten Verdachtsfälle hinaus auf weitere fragwürdige Geschäfte gestoßen.

Für die HVB dürfte das ziemlich teuer werden. Vorstandschef Theodor Weimer sagte dem Aufsichtsrat, die Steueraffäre könnte die Bank nach vorläufigen Einschätzungen bis zu 200 Millionen Euro kosten. Die HVB erklärte auf Anfrage, man kooperiere mit den Ermittlungsbehörden. Da es sich um ein laufendes Verfahren handele, könne man keine weiteren Auskünfte geben.

Begonnen hatten die Probleme für die HVB im Jahr 2011, als das Finanzamt

Wiesbaden II der Bank bescheinigte, bei Aktiendeals mit dem Berliner Immobilienunternehmer Rafael Roth "aktiv daran mitgewirkt" zu haben, den Fiskus zu betrügen. Der Aufsichtsrat war alarmiert und schaltete Skadden ein. Außerdem informierte die Bank ihre Aktionäre und die Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft. Die wiederum durchsuchte im November 2012 die HVB wegen der Handelsgeschäfte mit Roth.

Bei insgesamt gut 20 Deals mit Roth soll der Fiskus, also der Staat, um 124 Millionen Euro erleichtert worden sein. Nun kommen neue Verdachtsmomente hinzu. Die HVB soll auch im sogenannten Eigenhandel mit Aktien die Finanzbehörden getäuscht haben. Im Untersuchungsbericht von Skadden sind dem Vernehmen nach zahlreiche Fälle aus den Jahren 2005 bis 2008 aufgelistet, jeweils mehr als zehn pro Jahr.

Der Trick bei diesen Geschäften, die im Fachjargon als "Dividenden-Stripping" bekannt sind: Die Handelspartner sollen mit falschen Bescheinigungen hohe Steuerrückzahlungen beim Fiskus geltend gemacht und kassiert haben. Eine nur ein Mal gezahlte Kapitalertragssteuer auf Dividendenerlöse sei zwei Mal oder sogar noch öfter erstattet worden. Die Deals seien mit Hilfe von Handelspartnern im In- und Ausland so gestaltet worden, dass den Finanzbehörden der Trick lange nicht aufgefallen sei. Bei der HVB lief viel über die Niederlassung in London, wo drei frühere Beschäftigte kriminell agiert haben sollen.

Die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt ermittelt auch gegen drei aktive beziehungsweise ehemalige Bankangestellte in München. Und gegen den Immobilienunternehmer Roth und dessen Anwalt, der dieses Steuertrickmodell konzipiert haben soll. Roth und sein Anwalt bestreiten die Vorwürfe. Gegen heutige oder frühere Vorstände der HVB gibt es keine Anschuldigungen.

In Finanzkreisen heißt es, viele Banken hätten solche Geschäfte gemacht. Man sei in gutem Glauben gewesen, auf legale Art und Weise eine Gesetzeslücke nutzen zu können. Staatsanwälte und Steuerfahnder sehen das völlig anders, und sie werden durch den Prüfreport der HVB nun bestätigt. Auf den 173 Seiten werden etliche Indizien für systematischen Steuerbetrug genannt. Der Bericht geht nun an die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt und die Bankenaufsicht Bafin. Außerdem wird Skadden rein vorsorglich bei der HVB nun auch die Jahre 2009 bis 2011 erforschen. Vorstandschef Weimer, ist aus der Bank zu hören, will alles "lückenlos aufklären".

URL: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/untersuchungsbericht-hypo-vereinsbank-soll-fiskus-geprellt-haben-1.1604667>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 20.02.2013/fran

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.